

# ALLGEMEINE „DE-MINIMIS“-REGEL

## Kundeninformationsblatt

Das Zusammenwachsen in Europa hat es mit sich gebracht, dass die Rahmenbedingungen für staatliche Vergünstigungen auf europäischer Ebene gesetzt werden. Da dies auch die geschäftlichen Beziehungen zu unseren Kunden berührt, möchten wir einige wesentliche Dinge zusammenfassen, an denen Bank und Kunde sich in Zukunft zu orientieren haben.

### 1 Staatliche Vergünstigungen/Subventionen/Beihilfen

Staatliche Vergünstigungen/Subventionen (Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungen, Risikokapital usw.) an Unternehmen können den Wettbewerb verfälschen. Eine Wettbewerbsverfälschung liegt vor, wenn Marktbedingungen für die Wettbewerber künstlich verändert werden. Eine staatliche Vergünstigung für ein einzelnes Unternehmen ändert seine Kostenbelastung und verbessert damit seine Wettbewerbsposition. Das Unternehmen hat dadurch Vorteile, welche es ohne diese staatlichen Subventionen nicht hätte. Erhält ein Unternehmen bspw. einen Zuschuss, kann es seine Kosten senken. Die staatlichen Subventionen können vom Bund, Land oder einer Kommune gewährt werden. Unerheblich ist hierbei die Frage, ob die Vergünstigung/Subvention direkt von einer staatlichen Stelle (z. B. Bundesagentur für Arbeit) oder über eine Bank ausgezahlt wird. Die Vergünstigungen/Subventionen werden auch Beihilfen genannt.

### 2 Was ist „De-minimis“?

In der Europäischen Union sind prinzipiell alle wettbewerbsverfälschenden staatlichen Vergünstigungen/Subventionen an bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige verboten, soweit sie den zwischenstaatlichen Handel innerhalb der Europäischen Union beeinträchtigen. Als eine Ausnahme zum allgemeinen Subventionsverbot hat sich in der Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission eine Regelung herausgebildet, die Subventionen dann erlaubt, wenn sie dem Wert nach unterhalb einer bestimmten Bagatellgrenze liegen. Die Europäische Kommission geht dabei davon aus, dass diese minimalen Subventionen keine spürbaren Auswirkungen auf den Handel und den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten haben. Diese Regelung wird „De-minimis“-Regelung genannt. Bestimmte Wirtschaftsbereiche sind aus dem Anwendungsbereich jedoch herausgenommen. (Rechtsquelle: Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, ABl. der EU L 379 vom 28. Dezember 2006, S. 5 ff.)

#### ▪ Betrag

Die „De-minimis“-Regelung besagt, dass an einzelne Unternehmen ausgereichte finanzielle Vergünstigungen vom Staat bzw. von staatlichen Stellen bei der Europäischen Kommission nicht angemeldet und von ihr nicht genehmigt werden müssen, wenn sie innerhalb von drei Kalenderjahren den Wert von 200.000 Euro nicht übersteigen. Bei Unternehmen, die im Bereich des Straßentransportsektors tätig sind, beträgt dieser Schwellenwert 100.000 Euro.

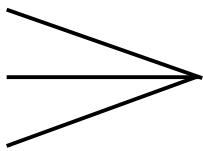
Bei Unternehmen des gewerblichen Straßengütertransports dürfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Straßengütertransport überhaupt keine „De-minimis“-Beihilfen gewährt werden.

Befristet können Unternehmen gemäß der Bundesregelung „Kleinbeihilfen“ im Zeitraum vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2010 „Kleinbeihilfen“ inklusive „De-minimis“-Beihilfen bis zu einer Höhe von insgesamt 500.000 Euro erhalten. Ist der Höchstbetrag von 500.000 Euro bereits durch erhaltene „Kleinbeihilfen“ ganz oder teilweise ausgeschöpft, können „De-minimis“-Beihilfen nicht mehr oder nur noch bis zum Höchstbetrag von 500.000 Euro gewährt werden. Detaillierte Informationen dazu enthält das Kundeninformationsblatt „Kleinbeihilfen“.

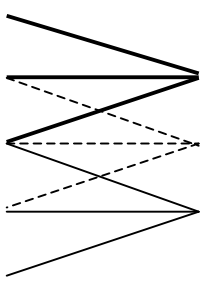
Bei Zuschüssen wird der gesamte Betrag auf die genannten Schwellenwerte angerechnet. Bei anderen Finanzierungsinstrumenten (z. B. Zinsvergünstigungen, Beteiligungen, Bürgschaften) wird der Vorteil rechnerisch ermittelt.

### Beispiel:

Ein Unternehmen, das nicht im Bereich des Straßentransports tätig ist, bekommt in den ersten drei Kalenderjahren folgende Zuschüsse:

1. Kalenderjahr:	40.000 Euro		200.000 Euro
2. Kalenderjahr:	70.000 Euro		
3. Kalenderjahr:	90.000 Euro		

Um die Bedingungen der „*De-minimis*“-Regel erfüllen zu können, darf dieses Unternehmen im 4. Kalenderjahr Subventionen bis zu einem Wert von 40.000 Euro bekommen, im 5. Kalenderjahr Subventionen bis 70.000 Euro usw.

1. Kalenderjahr:	40.000 Euro		200.000 Euro
2. Kalenderjahr:	70.000 Euro		
3. Kalenderjahr:	90.000 Euro		
4. Kalenderjahr:	40.000 Euro		
5. Kalenderjahr:	70.000 Euro		

usw.

Ausschlaggebend sind somit immer das laufende Kalenderjahr sowie die letzten zwei vorangegangenen Kalenderjahre.

#### ▪ Form

Bei der „*De-minimis*“-Regelung spielt es keine Rolle, ob die Vergünstigung/Subvention z. B. in Form eines Zuschusses, als zinsverbilligtes Darlehen, als Bürgschaft oder Beteiligung gewährt wird.

#### ▪ Verpflichtung der ausgebenden Stelle

Die ausgebende Stelle (Kommune, Bank, Arbeitsamt usw.) ist verpflichtet, dem Kunden zu bescheinigen, dass er eine „*De-minimis*“-Vergünstigung erhalten hat. Bescheinigt wird dies mit der sog. „*De-minimis*“-Bescheinigung, in der die Bewilligungsbehörde den Subventionswert genau angeben muss. So kann der Begünstigte genau nachvollziehen, wie viele „*De-minimis*“-Vergünstigungen er im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Kalenderjahren erhalten hat und ob er den Grenzwert von 200.000 Euro bzw. 100.000 Euro bei Unternehmen, die im Straßentransportsektor tätig sind, schon erreicht hat. Zudem müssen auch Kumulierungsgrenzen mit anderen Subventionen für die gleichen Ausgaben eingehalten werden. Überschreiten die Subventionen bereits einen dieser Grenzwerte, handelt es sich um eine unzulässige Subvention mit der Folge der Rückforderung in voller Höhe.

#### ▪ Verpflichtung des Empfängers

Das begünstigte Unternehmen ist verpflichtet bei der Beantragung, eine vollständige Übersicht über die im laufenden und den zwei vorangegangenen Kalenderjahren erhaltenen „*De-minimis*“-Beihilfen vorzulegen. Zudem ist die „*De-minimis*“-Bescheinigung 10 Jahre lang aufzubewahren und auf Anforderung der Bundesregierung, Landesverwaltung oder bewilligenden Stelle innerhalb einer Woche oder einer festgesetzten längeren Frist vorzulegen. Kommt der Begünstigte dieser Anforderung nicht nach, entfällt rückwirkend die Bewilligungsvoraussetzung und die Subvention zuzüglich Zinsen muss gemäß Vorgabe der Europäischen Kommission zurückgefordert werden. Unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben sind gemäß § 264 StGB als Subventionsbetrug strafbar.